

Ja zur WEA und 5 Milliarden

Autor(en): **Hess, Andreas**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Soldat : die führende Militärzeitschrift der Schweiz**

Band (Jahr): **91 (2016)**

Heft 1

PDF erstellt am: **21.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-737685>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ja zur WEA und 5 Milliarden

Am 2. Dezember 2015 befasste sich der Nationalrat mit der Weiterentwicklung der Armee. Der Rat sagte klar Ja zur WEA, zu 100 000 Mann und zu 20 Milliarden für vier Jahre.

DIREKT AUS DEM NATIONALRAT BERICHTET UNSER REDAKTOR FACHOF (MAJOR) ANDREAS HESS

Kurz nach 8 Uhr eröffnete Nationalratspräsidentin Christa Markwalder (FDP, BE) die erste sicherheitspolitische Debatte der Legislatur 2015–2019 und gleichzeitig die zweite Eintretensdebatte zur WEA.

Eckpunkte der WEA

Namens der Sicherheitspolitischen Kommission wies Kommissionssprecher Thomas Hurter (SVP, SH) darauf hin, dass die Debatte zur WEA wieder von vorne beginne. Er stellte klar, dass die Armee dringend Planungssicherheit brauche und mit der Vorlage am Milizprinzip festhalte.

Die Finanzen werden in einer separaten Vorlage geregelt. Hurter wies auf die Eckpunkte der Vorlage hin: auf die abgestufte Bereitschaft, die verbesserte Kaderausbildung, die vollständige Ausrüstung der Truppe und die Regionalisierung. Zum Schluss seiner Ausführungen appellierte er an das Parlament, auf die Vorlage einzutreten. «Ansonsten ist die WEA vom Tisch.»

Fehlendes Konzept?

Der grüne Zürcher Balthasar Glättli sagte, dass die WEA-Debatte etwas «Theaterhaftes» an sich habe. Die Grünen würden auf die Armeevorlage nicht eintreten. Der Armee fehle ein mehrheitsfähiges Konzept.

Hauptkritikpunkt der Grünen sei, dass die Armee immer mehr zivile Aufgaben übernehme. Ziviles sollte man Zivilen überlassen. Glättli plädierte für eine Armee von 80 000 Mann und einen finanziellen Rahmen von 4,4 Milliarden Franken.

Mehr Soldaten, mehr Geld

«Erwachen ist angesagt», rief im Namen der SVP der Berner Fallschirmaufklärer Adrian Amstutz in den Saal. Der Arabische Frühling sei mittlerweile einem «nasskalten Winter» gewichen.

Die Schweiz brauche eine Armee, die aus dem Stand in den Einsatz geht. Amstutz bat das Parlament, einem Bestand von 120 000 Mann und einem Finanzrahmen von 21,7 Milliarden Franken für vier Jahre

zuzustimmen. «Sie tun es für sich, ihre Familien, ihre Kinder und Grosskinder.»

Armee muss Auftrag erfüllen

Bundesrat Ueli Maurer hofft, dass mit der Debatte nicht ein weiterer Theaterakt aufgeführt wird. Er erinnerte daran, dass bereits vor vier Jahren an dieser Stelle über eine Armee von 120 000 Mann und 5 Milliarden pro Jahr beschlossen wurde.

Mit Blick auf europäische Armeen sagte Maurer, dass alle am Aufrüsten seien. «Die Armee als letztes Mittel muss so ausgerüstet und ausgebildet sein, dass sie ihren Auftrag erfüllen kann.»

Reform geht zu wenig weit

Evi Allemann – ihre SP-Fraktion blieb zu Beginn der Debatte bis auf drei Ausnahmen dem Ratssaal weitgehend fern – geht die Armee reform zu wenig weit.

Sie plädierte für die gleichen Kennzahlen wie vorgängig die Grünen. Die Armee sei viel konsequenter zu reformieren, meinte sie zur WEA. Rund ein Drittel ihrer Fraktion werde die Vorlage ablehnen.

Mit 170 zu 13 für Eintreten

Mit 170 zu 13 Stimmen trat der Rat auf die Vorlage ein. In der Detailberatung rief der St. Galler CVP-Vertreter Jakob Büchler in Erinnerung, dass die Armee die einzige strategische Reserve unseres Landes sei.

Derzeit befinde sich die Armee vor der fünften Reform innert 20 Jahren. Er erinnerte unter Hinweis auf die Wehrpflicht auf den grossen Rückhalt, welche die Armee in der Bevölkerung geniesst.

Zu reden gab in der Detailberatung vor allem die neu zu schaffende Ombudsstelle, die durch eine Minderheit befürwortet wurde. Maurer sagte, dass die direkten Vorgesetzten für die Truppe zuständig seien und bei einer WK-Dauer von drei Wochen eine solche Stelle nicht nötig sei. Der Rat folgte der Kommission und verwarf den Minderheitsantrag zur Schaffung einer Ombudsstelle.


Zum Zahlungsrahmen

Beim Geschäft über den Bundesbeschluss zum Zahlungsrahmen der Armee 2017–2019 sagte Pirmin Schwander (SVP/SZ), dass unsere Soldaten ein Anrecht haben, vollständig ausgerüstet und mit einer Technologie zu kämpfen, die sie im Einsatz schützt. «Und zwar nicht erst in fünf Jahren, sondern jetzt.»

Bundesrat Maurer sagte, dass ein finanzieller Rahmen unter fünf Milliarden Franken fahrlässig sei. Die im Gesetz geforderten fünf Milliarden seien ein Kompromiss. Der Nationalrat stimmte dem Zahlungsrahmen der Armee mit 136 Ja zu 56 Nein zu und bewilligte der Armee 20 Milliarden Franken.

142 Ja zu 7 Nein pro WEA

In der Schlussabstimmung hiess der Nationalrat die Vorlage zur Weiterentwicklung der Armee mit 142 Ja zu 7 Nein gut. Die 43 Enthaltungen kamen mehrheitlich aus den Reihen der SP.

Das Geschäft geht zurück an der Ständerat. Im Januar 2016 wird die ständerätliche SiK das Geschäft vorberaten. 

Unnötig wie ein Kropf

Gott sei Dank lehnte der Rat die Ombudsstelle ab. In der Schweizer Milizarmee ist ein Ombudsman so unnötig wie ein Kropf – und er würde kosten.

Wenn einmal etwas vorkommt, dann wird das im aufrichtigen Gespräch von Mann zu Mann ausgeräumt.

Jositsch und Noser

Die neuen Zürcher Ständeräte Noser und Jositsch bestritten die ersten Sessionsstage noch als Nationalräte.

Beide, der freisinnige Noser und der Sozialdemokrat und Oberstleutnant der Militärjustiz Jositsch, stimmten durchgehend für die Armee.